

Berlin, den 21.04.2024

Betreff: Informationsschreiben von FRIEDA-Frauen*Zentrum e.V. bzgl. der „außerordentlichen Kündigung mit sofortiger Wirkung“ unserer beiden Mädchen*einrichtungen PHANTALISA und ALIA

Liebe Kolleg*innen, liebe Zivilgesellschaft,

wie einige von Euch mitbekommen haben, hat das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg am Freitag, den 19.04.24, in seiner Pressemitteilung Nr. 87 die Schließung der beiden Mädchen*zentren Alia und Phantalisa in Friedrichshain und Kreuzberg durch das Jugendamt bekanntgegeben.(1) Gleichzeitig wurde uns, Frieda Frauen*zentrum e.V. als Trägerverein von Alia und Phantalisa, die „außerordentliche Kündigung mit sofortiger Wirkung“ der Leistungsverträge für beide Mädchen*einrichtungen übermittelt.

Neben vielen Solidaritätsbekundungen, die wir erhalten haben, wurde auch nach den Gründen der abrupten Kündigung gefragt. Wir denken, der beste Weg ist es, diese transparent mit euch zu halten und das Kündigungsschreiben mit euch zu teilen (siehe Anhang Seite 2).(2)

Wir sind schockiert: Zum einen über die Ausspähung privater Instagram-Accounts von Mitarbeitenden. Zum anderen darüber, dass dem zuständigen Bezirksstadtrat bereits diffamierende Pressemeldungen genügen, um ohne Vorankündigung eine über Jahre währende Zusammenarbeit mit dem Jugendamt von einem auf den anderen Tag zu beenden und die Schließungen der beiden Einrichtungen zu verfügen.

Die Tatsache, dass unserer Mitarbeitenden auf ihren privaten Social-Media-Profilen überwacht werden und die Inanspruchnahme von Grundrechten außerhalb ihrer Dienstzeit, z.B. die Teilnahme an Demonstrationen, geprofiled und offenbar kriminalisiert wird, empfinden wir als besorgniserregend und als Infragestellung eben jener demokratischen Grundwerte, denen wir uns in unserer Arbeit sowohl als Verein, als auch als Sozialarbeiter*innen verschrieben haben. Darüber hinaus steht es einem Rechtsstaat ebenso wie der auf das Gesetz verpflichteten Verwaltung zu Gebote, seine Entscheidungen auf der Grundlage fairer Verfahren zu treffen, in denen die Betroffenen angehört werden. Hier jedoch wurde ad hoc aufgrund von unbelegten Behauptungen und fragwürdigen Überwachungsmethoden gehandelt.

Wir haben die begründete Befürchtung, Opfer des Musters von Repressionen und Einschüchterung geworden zu sein, wie dies bereits in den Medien diskutiert wird, von dem gegenwärtig Personen betroffen sind, die sich mit der palästinensischen Bevölkerung solidarisieren und die eine genozidale Katastrophe abwenden wollen.

Die abrupten Kündigungen unserer Mädchen*einrichtungen in Friedrichshain und Kreuzberg treffen die einzigen queer-feministischen Projekte im Bezirk, die insbesondere für migrantischen Mädchen* und jungen Frauen* ein intersektionales Angebot, Unterstützung und Schutz bieten. Die Schließung von queer-feministischen Projekten werden wir nicht hinnehmen und rechtlich dagegen vorgehen.

Soziale Arbeit fördert gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien der Sozialen Arbeit sind soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt. Wenn staatliche Überwachungsmaßnahmen die Arbeit der Sozialarbeiter*innen einschränken und Repressionen auf individueller Ebene erfahren wird, wird die Soziale Arbeit insgesamt beeinträchtigt.

Diese Interventionen im Feld der pädagogischen und sozialarbeiterischen Arbeit schadet nicht nur der Demokratie, sondern auch der offenen und progressiven Entwicklung der Gesellschaft. Frieda- Frauen*zentrum e.V. ist nicht der erste betroffene Verein, er wird auch nicht der letzte sein.

Wir teilen diese besorgniserregenden Ereignisse, da wir eine kollektive und gesellschaftliche Verantwortung darin sehen, demokratische Werte zu schützen und gemeinsam aktiv dafür einzustehen!

Frieda-Frauenzentrum e.V.

Email: frieda@frieda-frauenzentrum.de

Instagram: [@frieda_frauenzentrum](https://www.instagram.com/frieda_frauenzentrum)

(1) <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/pressemitteilungen/2024/pressemitteilung.1439243.php>

(2) Beide Kündigungsschreiben der Projekte Phantalisa - Raum für Mädchen* und junge Frauen* und Alia - Zentrum für Mädchen* und junge Frauen* sind identisch. Hier

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Abt. Jugend, Familie und Gesundheit
Jugendamt- Jugendförderung



charta der vielfalt

UNTERZEICHNET

BA Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin - 10216 Berlin (Postanschrift)

FRIEDA-Frauen*zentrum e.V.

Vorstand und Geschäftsführung

Proskauer Straße 7
10247 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

Jug För L

Bearbeitung: Kathrin Jannasch

Dienstgebäude:

Frankfurter Allee 35/37, 10247 Berlin
Zimmer 1602 Aufgang B

Tel. Durchwahl (030) 90298 - 4318

Fax Durchwahl (030) 90298 - 4197

K.Jannasch@ba-fk.berlin.de

(Nicht für Dokumente mit elektr. Signatur)

www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg

Datum: 17. April 2024

Fristlose Beendigung / Kündigung aufgrund erheblicher Verletzung vertraglich geschuldeter Pflichten bei der Leistungserbringung im Sinne des § 1 i.V.m. § 4 des LV i.V.m. § 6a Ziff. 4 AG KJGH Bln für das Projekt „Phantalisa-Raum für Mädchen* und junge Frauen*“, §62 Satz 2 VwVfG i.V.m. § 314 BGB

Sehr geehrte Damen vom Vorstand,
sehr geehrte Frau Montazeri,
sehr geehrte Frau Sode,

hiermit beenden wir den zwischen FRIEDA e.V. und dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin - Jugendamt - bestehenden Leistungsvertrag aufgrund des nachfolgend beschriebenen Sachverhaltes mit sofortiger Wirkung. Entsprechend Punkt 1 des Leistungsvertrages zum Betrieb des Mädchenzentrums „Phantalisa“ zwischen dem Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg und FRIEDA e.V. vom 14.08.2023, verpflichtet sich der Träger folgende Zielsetzungen zu erfüllen:

„Kinder- und Jugendarbeit dient insbesondere der Demokratiebildung sowie dem Abbau menschenverachtender Einstellungen junger Menschen. Weitere grundlegende Ziele und Handlungsorientierungen sind die Befähigung zu eigenverantwortlichem gesellschaftlichem und politischem Handeln, Förderung von Toleranz gegenüber unterschiedlichen Weltanschauungen, Glaubensbekenntnissen, sexuellen Orientierungen und kulturellen Prägungen, Abbau von Geschlechterstereotypen, kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsbezogenen Rollenzuschreibungen sowie Zielgruppenorientierung.“

Dienststelle:
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Frankfurter Allee 35/37, 10247 Berlin

Fahrverbindungen:
U-Bahn: Samariterstraße
S-Bahn: Frankfurter Allee

IBAN:

DE57100500000610003607
DE33100100100003416104

Geldinstitut:

Berliner Sparkasse
Postbank Berlin

BIC:

BELADEBEXXX
PBNKDEFF100



Jugendamt
Friedrichshain
Kreuzberg
Vielfalt für Familien

Diese Zielsetzungen sollen entsprechend § 4 des LV mit Angeboten für junge Menschen „die zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beitragen, an ihren Interessen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“ erbracht werden.

Aufgrund nachfolgender Feststellungen sind wir überzeugt, dass diese Ziele in der Zusammenarbeit mit Ihnen tatsächlich nicht (mehr) umgesetzt werden können:

1. In dem Printmedium Focus, 43. Ausgabe vom 21.10.2023, finden sich 2 Fotos von Teilnehmenden an einer angemeldeten „familiären Mahnwache“ für Palästina in Berlin, die sowohl Frau Montazeri, Frau Sode (beide Geschäftsführungen FRIEDA e.V.) und Frau Kupfer (Leiterin Mädchenzentrum Phantalisa“) in dem Moment zeigen, an dem die Demonstration nach Ausschreitungen und Eskalationen durch Teilnehmende von der Polizei aufgelöst wurde. Unsere Befürchtung ist, dass hier durch die o.g. Personen eine gezielte konfrontative Auseinandersetzung mit den Polizeikräften als Vertretung des Staates gesucht wurde. Alle 3 vorgenannten Personen haben sich nicht nach der „friedlichen familiären Mahnwache“ zurückgezogen, sondern standen z.T. „vermummt“ in vorderster Linie gegenüber den Polizisten.
2. In Folge des Überfalls der Hamas auf Israel und der daraus resultierenden Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen durch Israel gegenüber den von der Hamas kontrollierten palästinensischen Gebieten postete Frau Montazeri in ihrem Instagram-Account seitdem diverse Pro-Palästina-Äußerungen und zugleich antisemitische und antizionistische Aussagen gegenüber Israel. Diese werden aktuell von der Staatsanwaltschaft überprüft wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen.
Diese Posts auf Social-Media wurden u.a. auch von Mitarbeitenden von Phantalisa privat „geliked“ bzw. für gut befunden, was aus unserer Sicht ein deutlicher Verstoß gegen die o.g. Zielsetzungen von Demokratiebildung und dem Abbau menschenverachtender Einstellungen ist.
Auch folgt das Instagram-Profil der Mädcheneinrichtung Phantalisa dem Profil der Frau Montazeri.
3. Am 12.04.2024 berichtete unter anderem das Printmedium BZ von einem sog. Öffentlichen „Israelhasser-Kongress“ in Berlin, an dem diverse Redner angekündigt wurden, die in der Vergangenheit mit antisemitischen Äußerungen aufgefallen sind. Laut der BZ sollen einige der Organisatoren aus dem Umfeld des mittlerweile verbotenen Vereins „Samidoun“ stammen. Als Rednerin auf diesem „Palästina-Kongress“ wird u.a. auch Frau Montazeri aufgeführt. Vorab wurde ausführlich über diesen Kongress berichtet, weshalb Frau Montazeri sich in vollkommenem Bewusstsein darüber mit den genannten Persönlichkeiten in eine Reihe gestellt hat. Dies stellt für uns einen weiteren Verstoß gegen die im Leistungsvertrag vereinbarten Zielsetzungen dar, in denen menschenverachtende Einstellungen in der vom Bezirksamt geförderten und miteinander vereinbarten Jugendarbeit keinen Platz haben dürfen.

Das Jugendamt schließt aus all dem, dass die Einhaltung des Neutralitätsgebotes durch die pädagogischen Fachkräfte in ihrer Arbeit vor Ort mit den besuchenden Mädchen* und jungen

Frauen* nicht mehr im vertraglich vereinbarten Maß gegeben ist und die Arbeit nicht mehr ausschließlich auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der BRD unter Beachtung der Menschenwürde aller Menschen, gleich welcher Herkunft oder Glaubens, erfolgt. Die oben beschriebenen antisemitisch „konnotierten“ und nach Überzeugung des Bezirksamtes sogar strafrechtlich relevanten Äußerungen und Auftritte der Geschäftsführung und von Mitarbeitenden stehen im Gegensatz zur Verantwortung von pädagogischen Fachkräften, junge Menschen vor Juden Hass oder anderen menschenverachtenden Äußerungen zu schützen und sie zu demokratischem Handeln zu befähigen. Dieser Umstand ist hier insbesondere deshalb von Bedeutung, da junge Menschen leichter zu beeinflussen sind und daher eine erhebliche Gefahr für die Persönlichkeitsentwicklung der im Projekt betreuten Personen besteht.

Zu unserer Sorge bezüglich der Äußerungen von Frau Montazeri als Repräsentantin von FRIEDA e.V. mit Auswirkungen auf die Arbeit in den Mädchenzentren trägt bei, dass sie vor ihrem Wechsel in die Geschäftsleitung von FRIEDA e.V. die Projektleitung von Phantalisa innehatte und somit enge Kontakte zu den Mitarbeitenden bestehen. Zudem ist eine der aktuellen Vorstandsfrauen - Frau Vollmer - zugleich Mitarbeiterin bei Phantalisa. Fraglich ist, ob eine solche Doppelfunktion als Vorstand des Vereins und Mitarbeiterin der Freizeiteinrichtung die Kontroll- und Aufsichtsfunktion als Vorstand in den o.g. Sachverhalten vollumfänglich und verantwortungsbewusst ermöglicht. Daher ist aus unserer Sicht eine Zurechnung der Äußerungen und des Verhaltens der Geschäftsführerin zum Verein gegeben.

Im Rahmen ihrer Verantwortung für die beiden Mädchenzentren stehen die beiden Geschäftsführungen im engen Kontakt mit den Mitarbeitenden in dem Mädchenzentrum Phantalisa, entscheiden über personelle Einstellungen, begleiten die inhaltliche Konzeptionierung der Arbeit und nehmen Einfluss auf die jährlichen Zielvereinbarungen mit den aktuellen Angeboten vor Ort.

Diese aus unserer Sicht schweren Verstöße gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der BRD und insbesondere im Rahmen der Verantwortung von pädagogischer Arbeit mit jungen Menschen, die noch leicht beeinflussbar sind, haben unser Vertrauen in die Zusammenarbeit mit dem Träger FRIEDA e.V. und einigen der Mitarbeitenden so sehr erschüttert, dass keine weitere Zusammenarbeit mehr denkbar und eine Fortführung des Vertragsverhältnisses unzumutbar ist. Eine vorherige Abmahnung ist daher entbehrlich und die umgehende Beendigung zum Schutz der betreuten Jugendlichen geboten. Damit ist die pädagogische Arbeit vor Ort sofort einzustellen.

Ich rege an, dass Sie sich zeitnah mit mir in Verbindung setzen, um die Modalitäten der Beendigung zu besprechen und die Kontinuität der pädagogischen Begleitung der Besucher*innen zu gewährleisten.

Ich kündige hiermit den o.g. Leistungsvertrag außerordentlich mit sofortiger Wirkung. Der Nutzungsvertrag zum Betrieb der Einrichtung wird nachfolgend in einem extra Schreiben ebenfalls gekündigt.

Mit freundlichen Grüßen



Kindler

Bezirksstadtrat für Jugend, Familie und Gesundheit